

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

19. Sitzung
11. Januar 2023

Beginn: 9.32 Uhr
Schluss: 11.42 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0724

Gesetz zum Dritten Medienänderungsstaatsvertrag

[0044](#)

EnBuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann komme ich zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Umsetzung der Engagementstrategie: Diversität in
Engagement und Beteiligung stärken, vielfältiges
Engagement sichtbar machen**

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0032](#)

EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich Frau Gökçen Demirağlı, Geschäftsführerin des Verbands für sozial-kulturelle Arbeit e. V., und Herrn Peter Zweigler, Mitarbeiter bei LeNa – Lebendige Nachbarschaft –, ein Projekt der StadtRand gGmbH. Herzlich willkommen! Ich stelle fest, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Ich gehe auch davon aus, dass ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Da sehe ich auch Nicken. Die Begründung des Besprechungsbedarfs durch eine der antragstellenden Fraktionen wird bestimmt gewünscht. – Frau Kahlefeld, Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich freue mich, dass wir heute diese interessante Anhörung hier haben und dass Sie Zeit gefunden haben, zu uns zu kommen. Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode in der Engagementstrategie intensiv damit beschäftigt, dass das Engagement in Berlin schon sehr lange divers ist und wir sehr davon profitieren, dass es aber so ist, dass das in den Strukturen noch nicht wirklich gut abgebildet war. Es ist in den letzten Jahren da eine ganze Menge passiert, dazu haben Sie auch beigetragen, und wir wollen uns das heute von Ihnen noch mal anhören und über das Thema Diversität im Engagement, das de facto eben schon da ist, hier im Ausschuss noch einmal sprechen. Ich freue mich auf das, was Sie uns zu berichten haben.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Dr. Kahlefeld! – Ich weiß jetzt nicht, wie Sie sich abgesprochen haben, wer anfangen möchte. – Frau Demirağlı möchte anfangen. – Dann haben Sie das Wort für, ich schlage vor, fünf bis zehn Minuten. Wenn Sie weniger sagen wollen, wird das auch gern gesehen, denn es kommen dann auch wieder einen Menge Fragen. Aber erst mal maximal zehn Minuten pro Person! Vielen Dank! Sie haben das Wort.

Gökçen Demirağlı (Verband für sozio-kulturelle Arbeit e. V.; Geschäftsführerin): Vielen Dank! – Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Vielen Dank für die Einladung und die einleitenden Worte! Ich repräsentiere, wie vorhin auch eingeleitet wurde, den Verband für sozio-kulturelle Arbeit. Das ist der Fachverband der Nachbarschaftsarbeit. Als Fachverband begleiten und vernetzen wir die Berliner Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser und setzen darüber hinaus drei gesamtstädtische Projekte der Gemeinwesenarbeit um. Um dieses breit angelegte Thema, das hier eingeleitet wurde, ein Stück weit zu fokussieren, habe ich mich in der Vorbereitung neben den Handlungsempfehlungen der Engagementstrategie auch mit dem

Redebeitrag unseres damaligen Vorsitzenden Georg Zinner befasst, den er bereits 2013 hier in diesem Ausschuss vorgetragen hat. Vorrangig ging es damals um den Wunsch nach einer stabilen und verlässlichen Förderung der Nachbarschaftsarbeit, auch um bürgerschaftliches Engagement dadurch zu fördern, denn für uns steht fest: Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren sind damals wie heute Orte, an denen Menschen zusammenkommen, sich engagieren und vernetzen. Hierfür braucht es Begleitung, Transparenz, Schulungen, Austausch und vor allem Vertrauen.

Die Bedeutung der Stadtteilzentren ist erkannt, und es ist erfreulich zu sehen, was alles seit 2013 geschafft wurde. 2022 wurden über das Infrastrukturförderprogramm 36 Stadtteilzentren gefördert und weitere zehn kommen in diesem Jahr hinzu. Aufgrund der enormen Herausforderungen, vor denen wir heute gesamtgesellschaftlich stehen, ist es umso wichtiger, diese verlässlichen Strukturen zu erhalten, zu stabilisieren und zu stärken. Somit werden in schwierigen Zeiten Orte der Begegnung weiter möglich gemacht und bürgerschaftlichem Engagement Raum gegeben. Die Stadtteilzentren sind dafür gute Anlaufstellen – der Mitgestaltung, der Mitbeteiligung, der Mitsprache und der Selbsthilfe. Die Kollegen in den Häusern wissen ganz genau, welches Potenzial Bürger und Bürgerinnen mitbringen, und dass es vor allem darum geht, ihnen diese Möglichkeit zu bieten, sich zu engagieren und gute Bedingungen zu schaffen. Nicht umsonst finden sich in den Satzungen der Mitgliedsorganisationen und auch des Verbands die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Satzungszweck wieder. So tragen Berliner Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser mit einer Vielzahl von Projekten und Programmen zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Engagement bei.

Im Sinne der Berliner Engagementstrategie, die das Ziel hat, allen Berlinerinnen und Berlinern den Zugang zu Engagement zu ermöglichen, beraten und begleiten wir als Verband die Berliner Stadtteilzentren und setzen gesamtstädtische Projekte um. In Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftshäusern werden Angebote geschaffen, die Barrieren abbauen und einen breiten Zugang zu Engagement ermöglichen. So unterstützen wir seit 2018 Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser darin, Barrieren auf ihrem Weg der inklusiven Öffnung zu erkennen und zu beheben. Immer wieder konnten in dieser Zeit Barrieren beseitigt und die beteiligten Nachbarschaftshäuser offener und nutzbarer für wirklich alle im Stadtteil lebenden Bürgerinnen und Bürger werden. Das ist uns besonders wichtig, da sich Nachbarschaftsarbeit nach den Interessen und Wünschen der Bewohner und Bewohnerinnen richtet. Sie organisiert kommunikationsfördernde, generationsübergreifende und integrierende Aktivitäten. Bedarfe von Gruppen, die häufig von Teilhabe ausgeschlossen sind, finden besondere Berücksichtigung. Soziale, kulturelle und gesundheitsfördernde Aktivitäten werden in der Nachbarschaftsarbeit verknüpft. Hierfür stehen einladend gestaltete, gut erreichbare und barrierefreie Räume zur Verfügung. Wenn Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser diesem Anspruch gerecht werden, sind sie ein wichtiger Baustein für eine inklusive Stadtgesellschaft, die vielfältige inklusive Freizeit-, Kultur- und Engagementmöglichkeiten bietet.

Inklusion verstehen wir als soziales Modell, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, einer Behinderung oder anderen individuellen Merkmalen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dieses weit gefasste Verständnis liegt unserer Projektarbeit stets zugrunde. Vorwiegend beschäftigen wir uns im Projekt „Stadtteilzentren inklusiv!“ jedoch mit der Teilhabemöglichkeit von Menschen mit Behinderungen.

Um dem Leitbild einen breiten Zugang zum Engagement zu schaffen und um dem gerecht zu werden, haben wir 2021 als Verband gemeinsam mit der zuständigen Fachstelle für Stadtteilzentren in der Senatsverwaltung ergänzend das Projekt „Mobile Stadtteilarbeit“ ins Leben gerufen. Ausgehend von etablierten Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern verfolgen wir mit mobilen Standorten das Ziel, mehr Begegnung und Austausch, mehr Engagement und Teilhabe in Berlin zu ermöglichen, um so nachbarschaftliche Beziehungen und Gemeinschaft zu fördern. Mobile Stadtteilarbeit ermöglicht es, sich ganz auf die Anliegen und Themen der

Menschen im Stadtteil zu konzentrieren und die Menschen direkt in ihrem Wohnumfeld anzusprechen. Aktuell werden 37 Teilprojekte der Mobilen Stadtteilarbeit berlinweit über EU-Mittel gefördert. Durch die Teilprojekte soll eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen vor Ort erreicht werden. Mobile Stadtteilarbeit fördert so Gemeinschaft, bearbeitet Konflikte mit den Nachbarinnen gemeinsam und ist auf Einsamkeitsprävention ausgerichtet. Sie erfolgt nach den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Mobile Stadtteilarbeit eine notwendige niedrigschwellige Ergänzung zur Kommstruktur der Stadtteilarbeit ist und neue Zielgruppen vor allem Nichtnutzerinnen erreichen kann, die den Weg in die offenen Angebote nicht schaffen oder nicht gefunden haben. Mobile Stadtteilarbeit erreicht dadurch Menschen, die sonst Beteiligungsangebote nicht unbedingt nutzen. Gerade in Krisenzeiten ist es besonders wichtig, dass wir diese Menschen erreichen.

Darüber hinaus verfolgen wir mit unserem Projekt „Zeit der Solidarität“ das Ziel, die Themen Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot in die Nachbarschaftsarbeit aufzunehmen und die Kooperation zwischen Nachbarschaftsarbeit und Wohnungslosenhilfe in den Kiezen zu fördern. So schaffen wir einen Rahmen und Raum für mehr Teilhabe, auch für eine Zielgruppe in den Nachbarschaften, die aufgrund der äußerst schwierigen Lebensbedingungen oftmals nicht gesehen und gehört werden und von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Uns ist als Fachverband der Nachbarschaftsarbeit bewusst, dass bürgerschaftliches Engagement auch als Impuls für staatliches Handeln und Grundlage für eine lebendige Kooperationskultur zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung wirbt. Damit Berliner Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser weiterhin als verlässliche Partner Orte für bürgerschaftliches Engagement und gelebte Demokratie in den Berliner Sozialräumen bleiben, ist es wichtig, bestehende Strukturen zu schützen. Sie dürfen unter den aktuellen Herausforderungen und den damit verbundenen steigenden Mieten und Energiekosten nicht geschwächt und in ihrer Existenz gefährdet werden. Der VskA unterstützt diese lebendigen, lokalen und demokratischen Prozesse für inklusive, mobile und solidarische Nachbarschaften. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Zweigler das Wort.

Peter Zweigler (Lebendige Nachbarschaft StadtRand gGmbH – LeNa –): Vielen Dank an den Ausschuss für die Einladung! Ich bin hier als Koordinator eines LeNa-Projektes, will aber gleich vorausschicken, dass ich nicht für die Landesfreiwilligenagentur als Ganzes spreche, sondern eben aus der Praxisarbeit komme. Ich mache ein LeNa-Projekt bei StadtRand in Moabit, das ist eine Selbsthilfe-, Kontakt- und Beratungsstelle, wo ich dieses LeNa-Projekt seit 2019 verantworte, im Rahmen dieses LeNa-Projekts natürlich auch sehr viel mit Ehrenamtlichen zusammenarbeite und sehr viele dieser Ehrenamtlichen auch Migrantinnen und Migranten beziehungsweise Geflüchtete sind.

Ich mache dort verschiedene Angebote, zum Beispiel Sprachcafé und ein Repair-Café, das sich an die Nachbarinnen und Nachbarn richtet und wo ich auch immer sehr froh darüber bin, dass ich viele Ehrenamtliche habe, die sich dort engagieren, mich bei meiner Arbeit unterstützen und ohne die ich meine Arbeit in dem Umfang eigentlich gar nicht machen könnte.

Die Angebote, die wir darüber hinaus noch haben, sind Selbsthilfegruppen, die sich speziell an Menschen mit Migrationshintergrund richten, die auch in den Muttersprachen der Men-

schen stattfinden, also nicht auf Deutsch, da es für sehr viele einfacher ist, über sehr persönliche, private Probleme in der eigenen Sprache sprechen zu können. Auch das sind Angebote, bei denen wir mit Ehrenamtlichen viel zusammenarbeiten können. Darüber hinaus arbeite ich auch mit migrantischen Vereinen und unterstütze migrantische Vereine bei dem Prozess der Gründung, der sich ja häufig als sehr langwierig und auch kompliziert erweist, besonders, wenn man die deutsche Sprache nicht perfekt spricht. Das ist ein sehr bürokratischer Prozess, der mit der Gründung noch lange nicht abgeschlossen ist, sondern wo es dann vor allen Dingen darum geht, Projekte zu beantragen und dann mit der Arbeit der migrantischen Vereine selbst starten zu können, die ja auch sehr stark von ehrenamtlicher Tätigkeit und Engagement geprägt ist.

Nachdem ich diese Einladung bekommen habe, habe ich mich zuerst mit den Ehrenamtlichen getroffen und sie gefragt, was sie sich denn wünschen, wie ihre Perspektive ist und was ihre Wünsche an die Politik sind. Besonders aus dem Bereich der migrantischen Vereine kam immer wieder der Wunsch, dass diese Prozesse – die Gründung eines Vereins und wie Projekte beantragt werden können – erleichtert, vereinfacht werden können, dass es bei der Anwerbung solcher Projektmittel vielleicht mehr Möglichkeiten gibt, das digital online zu machen und es generell bessere Unterstützung für migrantische Vereine, die sich gründen wollen, gibt. Ich merke das auch, dass es tatsächlich ein großes Problem ist, diese teilweise ja doch sehr schwer zu verstehenden Strukturen zu durchdringen und genau zu verstehen, wie das eigentlich funktioniert, was sozusagen überhaupt ein deutscher Verein ist.

Ganz speziell zum Ehrenamt würde ich sagen, dass wir sehen, dass das ehrenamtliche Engagement sehr stark von Menschen, die in Deutschland geboren wurden und die deutsche Sprache als Muttersprache sprechen, dominiert wird. Das liegt, glaube ich, sehr stark daran, dass ehrenamtliches Engagement von Migranten/-innen und Geflüchteten vielleicht nicht in solchen Strukturen erfolgt, dass es auch gesehen wird. Ehrenamtliches Engagement ist ja auch Nachbarschaftshilfe, ist auch eine Unterstützung in einem kleineren Rahmen, die dann vielleicht gar nicht so sehr erfasst wird. Deswegen ist es, glaube ich, hier auch ganz interessant zu sehen, dass viele, die sich zwar sehr stark engagieren, sich selber gar nicht als Ehrenamtliche sehen würden, da sie das gar nicht unter diesem Begriff verstehen.

Nichtsdestotrotz gibt es die Bereitschaft und auch das Interesse daran, sich ehrenamtlich zu engagieren. Speziell durch den Begriff der „Ehrenamtskarriere“, den ich mal einbringen will, ist es auch für viele sehr interessant, über das Ehrenamt einen Ausbildungsplatz, einen Job zu finden, dadurch zunächst einmal die deutsche Sprache zu verbessern, durch solch ein Engagement dann auch Kontakte zu knüpfen und dadurch eine weitere Karriere zu starten. Es würden, glaube ich, viele auch begrüßen, wenn über diese Möglichkeit noch mehr Klarheit bestünde, wie man durch ein ehrenamtliches Engagement eine Karriere beginnen kann und dass das für viele eine Option ist. Generell ist für die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, eine Stärkung der migrantischen Vereine wünschenswert.

Vielleicht noch ganz kurz: Von meiner persönlichen Seite aus habe ich, was die Gewinnung betrifft – also wie ich es überhaupt schaffe, dass Menschen zu mir kommen und sich ehrenamtlich engagieren wollen –, tatsächlich keine richtige, festgesetzte Strategie. Natürlich gibt es da auch Strukturen; es gibt eine Landesfreiwilligenagentur, es gibt für Menschen, die Interesse haben, sich ehrenamtlich zu engagieren, verschiedene Angebote, aber das wird von Migrantinnen und Migranten in ganz vielen Fällen gar nicht wahrgenommen, weil sie es gar nicht

wissen, dass es solche Angebote überhaupt gibt. Deswegen passiert das bei mir, in meiner praktischen Arbeit ganz häufig über persönliche Kontakte, also dass ich in meinem Sprachcafé Menschen kennenlernen, denen erzähle, was wir alles machen. Natürlich bringen viele Menschen Kenntnisse und Fähigkeiten mit, und wenn ich denen dann sage, sie können das auch bei uns im Rahmen eines kleinen Workshops oder einer Gruppenarbeit machen, dann sind sie darüber sehr häufig froh, und dann entstehen solche ehrenamtlichen Engagements, häufig aber nicht in solch einer institutionalisierten Form, sondern meistens aufgrund persönlicher Kontakte. Dass es sehr häufig auf dieser Ebene funktioniert, ist, glaube ich, auch ein ganz wichtiger Punkt, den man verstehen muss.

Ansonsten ist ehrenamtliches Engagement ein sehr wichtiger Punkt, und ich bin über die Perspektive, die die Ehrenamtlichen bei mir in meiner Arbeit mitbringen, noch immer sehr dankbar. Ohne die Ehrenamtlichen könnte ich, wie gesagt, meine Arbeit in dieser Art und Weise gar nicht machen, und ich freue mich darüber, dass immer wieder neue Personen zu mir kommen und sich engagieren wollen. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Sie haben beide fast genau sieben Minuten gebraucht, so vom Gefühl her. Dann habe ich jetzt drei Wortmeldungen auf meiner Liste. – Frau Breitenbach ist die Erste!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank für Ihre Einführung! – Ich sage noch mal, wir haben noch irgendwann in der Zukunft eine Anhörung zur Inklusion, da werden wir das mit den „Stadtteilzentren inklusiv!“ bestimmt noch mal genauer beleuchten. Aber zu Mobile Stadtteilarbeit gefragt: Diejenigen, die das machen, machen ja ausgesprochen gute Erfahrungen und berichten positiv darüber, mir ist aber nicht klar, inwieweit die Rahmenbedingungen bei den mobilen Stadtteilzentren so sind, dass dort tatsächlich alle Menschen, auch die Menschen mit Einwanderungsgeschichte, angesprochen werden können und möglicherweise sogar muttersprachlich angesprochen werden. Ich glaube, das ist bei der Mobilen Stadtteilarbeit eine Herausforderung für die Zukunft. Das ist ja, glaube ich, auch ein Modellprojekt, wo man vielleicht noch mal hingucken muss, inwieweit das noch mal diverser gestaltet werden kann.

Herr Zweigler, arbeiten Sie mit VIA zusammen? Zumindest hat ja VIA, ich habe eben noch einmal geschaut, wie es heißt, das Interkulturelle Kompetenznetzwerk, wo es genau darum geht, dass migrantische Organisationen beraten und unterstützt werden und auch in ihren Kompetenzen unterstützt werden. Meine Frage ist: Gibt es da eigentlich eine Zusammenarbeit und einen Austausch? – Sie müssen irgendwann antworten, nicht gleich. – Meine Frage an Sie Beide ist noch mal, welche Rahmenbedingungen müssen wir verbessern, um genau die Zielgruppe migrantische Organisationen zu erreichen, die schon und auch schon seit Jahren ganz viel zivilgesellschaftliches Engagement machen, aber oftmals auch in ihren eigenen Vereinen? Für mich wäre solch ein Anspruch auch, dass wir an einem bestimmten Punkt alle zusammenführen, sodass auch gemeinsam gearbeitet wird. Ich glaube nicht, dass das immer stattfindet, da glaube ich übrigens auch, dass in den Nachbarschaftszentren, in den Stadtteilzentren bei aller Arbeit, die da gemacht wird, noch Luft nach oben ist, aber welche Rahmenbedingungen können wir genau hier noch mal verbessern? Umso konkreter Sie das jetzt machen, desto einfacher ist es dann tatsächlich auch für uns im Parlament, noch mal zu schauen, wie wir diese Rahmenbedingungen stärken können. Sie kommen aus der Praxis, Sie wissen es wahrscheinlich noch mal konkreter. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Förster das Wort!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an Sie beide für die beiden Sieben-Minuten-Punktlandungen! Das war sehr informativ, was Sie hier schon an Themen adressiert und uns mit auf den Weg gegeben haben.

Ich will an der Stelle anmerken, dass wir ja am Ende in Berlin – und auch in den Bezirken – eine sehr unterschiedliche Struktur haben. Da möchte ich Sie auch fragen, wie Sie das generell einschätzen. Wir haben ja in den Bezirken zum Teil, in meinem Heimatbezirk Treptow-Köpenick, die Kiezklubs, die kommunal getragen sind, wir haben andere Bezirke, da findet die Arbeit eher über Vereine statt, mit denen dann die Bezirksämter Kooperationsvereinbarungen haben oder die Bezirksverordnetenversammlungen in ihren Haushalten teilweise auch entsprechende Zuschüsse vorsehen. Wie schätzen Sie generell, sofern Sie sich dazu eine Beurteilung zutrauen, die Landschaft der Berliner Bezirke ein? Wo kann man möglicherweise noch zu einer Angleichung kommen? Sie hatten ja auch die Stadtteilzentren, aber auch die Nachbarschaftshäuser erläutert. Das ist ja doch etwas unterschiedlich. Die Nachbarschaftshäuser können ja für die jeweilige Gegend mitunter etwas sehr Kleinteiliges sein, und die Stadtteilzentren sind ja, wie der Name schon sagt, für einen ganzen Stadtteil schon etwas Größeres. Gerade was die Angebotsvielfalt und die Angebotspalette betrifft, sind die Stadtteilzentren aus Ihrer Sicht, für die Themen, die Sie bearbeiten, etwas Abstraktes und diese Nachbarschaftshäuser eine dringend notwendige Ergänzung, oder ist das sowohl als auch? Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Und wenn Sie sich auch diesen Vergleich zutrauen, jedenfalls was diesen heute betreffenden Themenbereich angeht: Wie ist es in anderen, zumindest deutschen Großstädten? Haben Sie Vergleiche, wie es in Hamburg, Köln, München organisiert ist, ob es da ähnliche Strukturen gibt, ob wir möglicherweise von denen etwas lernen können oder ob die von uns etwas lernen können? Das wäre auch noch eine Frage, die sich mir stellt, natürlich auch hinsichtlich der Finanzierung. Dazu haben Sie jetzt freundlicherweise nichts gesagt, ich kann mir aber vorstellen, dass natürlich auch das Thema Finanzierung der Angebote schwierig sein kann, gerade, wenn es an Haushalte gebunden ist, die dann immer alle zwei Jahre erneuert werden müssen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, wie sich das darstellt, genauso, ob Sie gegebenenfalls noch weitere Wünsche an die Politik haben, was die Verbesserung der Rahmenbedingungen betrifft. Ein paar Dinge haben Sie angeschnitten, aber wenn Sie darüber hinaus noch etwas äußern wollen, wäre das hier natürlich die passende Gelegenheit dazu.

Dann hätte ich gern noch gewusst, darauf hatten Sie, Herr Zweigler, explizit hingewiesen, dass das ehrenamtliche Engagement auch zum Teil in dem Bereich, in dem Sie tätig sind, noch sehr deutsch geprägt ist, aber das ist selbst bei dem Engagement bei der deutschsprachigen oder jedenfalls deutschstämmigen Bevölkerung noch eine Frage der sozialen Struktur und Herkunft. Da haben wir auch das Problem, dass sich diejenigen mit einem höheren Bildungsgrad häufiger ehrenamtlich engagieren als die mit einem niedrigeren Bildungsgrad. Haben Sie Lösungen, Ansätze oder Vorschläge, wie man das ändern kann? Wir kennen das ja alle, dass Leute, die die Zeit fast nicht aufbringen können, in fünf Ehrenämtern gleichzeitig sind und andere, die vielleicht die Zeit hätten, in keinem Ehrenamt sind. Das ist ja eine Feststellung, die man allgemein machen muss, dass sich ein Großteil der Bevölkerung nicht ehrenamtlich engagiert und sich ein anderer, nicht geringer Teil in vielen Projekten gleichzeitig engagiert. Das wäre sicherlich auch eine Sache, die man da diskutieren müsste.

Letzte Frage, die wir auch immer wieder beim Ehrenamt, von zwei Seiten einer Medaille ausgehend, diskutieren, ist die Frage von Aufwandsentschädigungen. Das kann auf der einen Seite motivieren, ein Ehrenamt auszuüben, sollte aber auf der anderen Seite natürlich nicht der Anlass sein, ein Ehrenamt aufzunehmen. Das ist immer ein schmaler Grat, auf dem man da geht. Die Frage ist ja auch, was man am Ende unterstützen will und was die gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, wo es dann vielleicht auch eine entsprechende Aufwandsentschädigung gibt. Es gibt ja auch die Dinge, die im weitesten Sinne auch ehrenamtlich sind, die aber nur im privaten Interesse liegen. Ich sage mal, wenn die Oma ihren Enkel aus der Kita abholt und das Nachbarkind immer mitnimmt, ist das sicherlich im Sinne der Nachbarfamilie, aber es hat in diesem Fall keinen gesellschaftlichen Aspekt. Diese Bereiche muss man dann auch unterscheiden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Dr. Kahlefeld, Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich hätte zunächst eine Frage zu der Arbeit in den Nachbarschaftsheimen, Nachbarschaftszentren. Sie haben viel über den Abbau von Barrieren gesprochen, und ich habe es so verstanden, dass es da vor allen Dingen um die physischen Barrieren geht, da Sie das im Zusammenhang mit Inklusion thematisiert haben. Wir haben jetzt in Neukölln ein Nachbarschaftsheim, das durch den Umbau wirklich komplett barrierefrei ist. Das ist natürlich ganz großartig, aber das liegt auch einfach daran, dass die Mittel zur Verfügung standen. Wenn Sie vielleicht noch etwas zur Barrierefreiheit sagen könnten – auch wenn wir tatsächlich Inklusion als einen spezifischen Aspekt von Diversität im Ehrenamt und dem Engagement noch mal in einer anderen Sitzung thematisieren wollen, aber das gehört natürlich auch dazu. Aber habe ich das richtig verstanden, dass es Ihnen bei den Barrieren tatsächlich um die physischen ging, oder geht es auch um andere Barrieren? Die Nachbarschaftsheime sind auch ganz wichtig, weil sie Räume für Vereine und für Initiativen, die sich gar nicht als Vereine gründen, aber einfach Räume für ihre Arbeit brauchen, zur Verfügung stellen. Auch da kann man im übertragenen Sinne von Barrieren sprechen. Wer spricht Sie an? Wer findet den Weg zu den Räumen? Wir verknüpfen hier ganz viele Themen. Wir hatten auch schon mal in einer anderen Sitzung besonders über die Raumsituation gesprochen, und da haben Sie natürlich mit den Nachbarschaftszentren eine besondere Bedeutung. Wie findet man zu Ihnen, um die Räume nutzen zu können – egal, ob man jetzt eine Geflüchteteninitiative ist, ein Theaterprojekt oder Sprachförderung oder was mit Kindern und Jugendlichen macht?

Dann noch eine letzte Frage an Sie: Ich habe vor einiger Zeit mit Leuten zusammengesessen, die aus dem Quartiersmanagement heraus versuchen wollen, mit der Idee eines dezentralen Nachbarschaftsheim in die Verstetigung zu gehen, also die Räume, die jetzt zur Verfügung stehen und im Rahmen der QM-Arbeit genutzt werden, irgendwie zu verbinden, um so etwas wie Nachbi zu hinterlassen, das aber nicht aus einem Haus besteht – wie es ja meistens, zum Beispiel am Körnerpark, ist –, sondern aus den Räumen, die man bisher genutzt hat, um die zu erhalten. Da wollte ich die Gelegenheit nutzen, Sie zu fragen, was Sie von so einer Idee halten.

Dann die Frage an die Arbeit von LeNa – die Frage nach der Zusammenarbeit mit VIA hat Elke Breitenbach ja jetzt schon gestellt. Die Angebote der LAGFA haben sich ja enorm verändert. Ich war bei einigen Veranstaltungen von LeNa, wo es um die Fragen ging: Wie kann

ich den Vorstand digital nachwählen? Was geht digital, Vereinsgründung? – Da gibt es die regelmäßigen Veranstaltungen. Funktioniert da von Ihnen aus, von der Basis aus der Transfer in das, was die LAGFA da anbietet? Das war nämlich etwas, was wir auch im Rahmen der Erarbeitung der Strategie diskutiert haben, dass es ja in der Stadt für Leute, die Vereine haben oder gründen wollen, Hilfen gibt, dass diese Struktur aber nicht allen genug bekannt ist. Man kann sich da etwas abholen, die LAGFA bietet das schon lange an, aber es gibt immer noch Menschen, die sich das nicht abholen. Deswegen meine Frage: Funktioniert da der Transfer? Ich nehme mal an: ja, weil Sie ja für LeNa hier sitzen, trotzdem wollte ich da noch mal fragen.

Ein interessanter Aspekt, den Sie angesprochen haben, ist tatsächlich das, was Sie „Ehrenamtskarriere“ genannt haben. Viele von uns sitzen ja hier auch im Parlament, weil wir irgendwann mal irgendwo ehrenamtlich bzw. unbezahlt angefangen haben – Elternarbeit, Sportverein oder was weiß ich – und dann irgendwann nach ein paar Jahren hier im Abgeordnetenhaus gelandet sind. Wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten, da ich persönlich auch den Eindruck habe, dass vielen Menschen, die beginnen, sich zu engagieren, gar nicht klar ist, dass da auch eine Dynamik drin ist, nicht etwas, was man anstreben, was sich aber doch immerhin entwickeln kann.

Und noch eine letzte Frage: Initiativen sind ja eine Vorform von dem, was man dann als ein strukturiertes Engagement wahrnimmt, das auch leichter als eine Initiative, die sich temporär trifft, zu fördern ist, egal, ob es Initiativen sind, die Verkehrsberuhigungen wollen, oder die sich rund um die Geflüchtetenunterkünfte gekümmert haben. Auch das gehört ja zur Diversität, also diese verschiedenen Anliegen und wie verschieden stabil so eine Gruppe sein muss, um ihren Zweck zu erreichen, wenn Sie dazu vielleicht noch zwei Worte sagen könnten.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Freymark das Wort!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Zweigler, erst mal ein Kompliment: Danke, dass Sie mit dem Bewusstsein, dass Sie heute hier sein werden, gleich mal die Ehrenamtlichen gefragt haben, um das auch mal rückzukoppeln, denn ich glaube, die Demokratie und unser Parlamentarismus leben ja auch davon, dass die Menschen wissen, dass sie hier geschätzt und gebraucht werden und auch ihre Meinung mit einbringen können. Deswegen hoffe ich, dass auch Sie ein paar Erkenntnisse, ein paar Themen mit zurücknehmen können und dass das tatsächlich auch ein Dialog ist, selbst wenn der jetzt noch gar nicht persönlich stattgefunden hat, aber dann durch diese Arbeit hier vielleicht fortgesetzt werden kann. Wir hatten in dem letzten Jahr zu der Frage öffentliche Nutzung von Räumlichkeiten zweimal sehr erhebliche Debatten. Ich bin nicht nur deswegen ein Fan von allen Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern, sondern auch deswegen, weil sie unfassbar vielen Menschen Möglichkeit geben, Angebote zu machen und Angebote anzunehmen. Das ist großartig. Ich habe gerade verstanden, dass zehn weitere geplant sind, vielleicht kann Frau Staatssekretärin dazu noch ein paar Sätze sagen. Das ist natürlich etwas, was wir immer gern unterstützen und wo jede Entwicklung positiv ist.

Sie haben angesprochen, dass Sie gerade bei Migrantinnen und Migranten die Situation haben, dass zum Beispiel Vereinsgründungen als relativ komplex oder relativ kompliziert angesehen werden. Ich komme zum Beispiel aus Hohenschönhausen, ich erlebe das auch. Bei mir gibt es noch Schulen, die keinen Förderverein haben, weil zum Beispiel die Eltern gar nicht

wissen, wie man so etwas organisiert. Ich finde aber Ihre Haltung sehr interessant, dass Sie sagen, Sie gewinnen meist die Menschen durch persönliche Ansprache, durch den persönlichen Kontakt. Das heißt, wir haben wahrscheinlich das gemeinsame Ziel: Wie schaffen wir es, Migrantinnen und Migranten, vielleicht auch jüngere Menschen insgesamt zu bewegen? Ich erlebe auch bei jungen Leuten oft eine gewisse Distanz zum Ehrenamt, vielleicht auch keine Zeit. Was könnten wir vonseiten der Politik noch tun? Haben Sie zum Beispiel genügend bewegliche Mittel, um mal einen Brief in die Briefkästen zu stecken, das sind die einfachen Ideen, oder scheitert es dann eigentlich schon an der Möglichkeit, da auch flexibel zu sein? Sie haben ja dann zum Beispiel Ihre Programmhefte und Ähnliches. Was könnte man da vielleicht noch machen? Vielleicht können Sie aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus, uns da noch ein, zwei Tipps geben. Ich habe da auch meine gewissen Vorstellungen, und Sie wissen, Parteien gucken ja auch, wie man Menschen zur Teilhabe und zum Mitmachen gewinnt, also jeder von uns hat womöglich Konzepte, aber es kann ja auch Freude bereiten, diese weiterzuentwickeln.

Dann haben wir ja in Berlin diese BENN-Büros. Ich habe bei mir auch eins in unmittelbarer Umgebung. Die Kolleginnen und Kollegen sind jetzt heute nicht da, aber vielleicht können Sie ja mal aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit darstellen. Es gab damals auch bei einigen Kolleginnen und Kollegen im Parlament den Reflex: Haben wir schon, brauchen wir doch gar nicht. – Oder: Warum stärken wir nicht die vorhandenen Strukturen und schaffen eine Parallelstruktur? – Ich sehe das gar nicht so kritisch, aber ich würde gern wissen, wie Ihre Haltung dazu und wie auch die Zusammenarbeit ist.

Ich hatte kurz die Räume angesprochen; erleben Sie eigentlich, dass Sie viele wegen der Räume wegschicken müssen? Unser Ziel, die Idee ist es eigentlich, zum Beispiel Schulgebäude für öffentliche Nutzung stärker nutzbar zu machen. Wäre das in Ihrem Sinn? Könnten Sie sich das sogar vorstellen, die Verwaltung von solchen anderen Räumen mitzukoordinieren? Ist so etwas denkbar, oder halten Sie das für sehr schwierig?

Dann komme ich schon zur abschließenden Frage meinerseits: Wir erleben in vielen Bereichen, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr so einfach finden, und ich könnte mir vorstellen, dass es auch für Sie, Ihre Kolleginnen und Kollegen mittlerweile Situationen gibt – korrigieren Sie mich aber gern! –, wo Sie gar nicht mehr so viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter finden oder diese Ihnen auch abhandenkommen, also anderen Tätigkeiten nachgehen. Als zum Beispiel Quereinsteigerinnen für den Schulbetrieb gesucht wurden, sind einige abhandengekommen, die sich dann dort engagiert haben. Haben Sie dort mittlerweile eine Herausforderung, oder würden Sie sagen: Wir haben genug Menschen, die Lust haben, auch in Stadtteilzentren, im professionellen Bereich des Ehrenamtes mitzuarbeiten? – Ich freue mich auf die Antworten. Sollten Sie das Gefühl haben, den Dialog auch im Nachgang fortsetzen zu wollen, sind wir immer gern dafür offen und für Sie da.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Wolff, Sie haben das Wort!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank, auch an die Anzuhörenden! – Es sind schon viele Fragen gestellt worden. Ich möchte nur ganz kurz sagen: Was die Fördervereine von Schulen angeht, hatte ich gerade ein Treffen mit dem Landesverband. Es ist ja eine Gratwanderung, denn Fördervereine kann man so oder so sehen. Sie dürfen staatliche Aufgaben einfach nicht übernehmen. Mir persönlich ist das ein wichtiges Anliegen. Ich habe vor einem Jahr dieses Amt als Sprecherin für Engagement übernommen, und ich glaube, da muss man das Engagement auch sehr schützen. Es ist natürlich immer ein ganz wichtiger Standpunkt, dass wir sagen, Engagement bis zu einem gewissen Punkt, aber staatliche Aufgaben müssen bitte auch in unseren Händen bleiben. Das ist in Schulen noch ein ganz wichtiger Aspekt.

Wenn Sie über Stadtteilzentren sprechen, freuen wir uns natürlich, dass dieses Programm fortgesetzt wird. Die Raumfrage ist eben schon angesprochen worden. Das wissen wir, das haben wir hier im Ausschuss sehr intensiv besprochen. Ich habe mich auch sehr gefreut, dass ich mit meinen Kolleginnen die Gelegenheit hatte, über ein Kataster Informationen zu bekommen, wie zum Beispiel in München so etwas angegangen wird. Da habe ich die Bitte an die Staatssekretärin, kurz etwas dazu zu sagen, inwieweit sich Berlin da auf den Weg gemacht hat, um das zu unterstützen. Die Altersstruktur in den Stadtteilzentren interessiert mich sehr. Mit wem haben Sie am meisten zu tun? – Wir wissen, dass es gerade junge Menschen gibt, denen die Jugendräume und vielleicht auch diese Art von Engagement fehlen. Wir wissen von den Vereinen, dass es schwierig ist, die Menschen zu halten, und dass gerade junge Menschen, die sich in ein Engagement begeben, nach kurzer Zeit eventuell wieder aufhören. Das liegt natürlich auch an der Lebenssituation. Inwieweit sind diese Altersstrukturen dort gegeben? Wie können wir jungen Menschen dort auch eine Plattform geben, dass sie sich wohlfühlen und mitgenommen fühlen, nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch aus der queeren Gesellschaft? Mich würde auch interessieren: Inwieweit kommen Menschen dort wirklich zum Zuge und können sich miteinbringen?

Sie von LeNa hatten vorhin gesagt, dass es wichtig wäre für die Gründung von Vereinen, dass die bürokratischen Hürden abgebaut werden würden. Haben Sie zum Beispiel eine gute Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement? Wir hatten die Stiftung schon mal hier und haben festgestellt, dass es dort eine sehr gute Unterstützungsmöglichkeit gibt. Inwieweit wird das vielleicht sogar kommuniziert?

Da wir heute auch die Ehrenamtskarte noch auf der Tagesordnung haben, würde mich interessieren, wie das mit der Anerkennungskultur bei Ihnen ankommt. Gibt es Vereine, die nachfragen, zum Beispiel zur Ehrenamtskarte? Gibt es da von Ihnen auch noch mal etwas, wo Sie sagen: Das ist für uns ganz wichtig, um das Ganze mitanzuleiten und zu motivieren? – Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir in die Beantwortungsrunde. Wer möchte anfangen? – Frau Demirağlı!

Gökçen Demirağlı (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Wir probieren es mal, denn es war tatsächlich eine bunte Mischung an Fragen, die von der praktischen Ebene bis hin zu den politischen Entscheidungen geht. Ich glaube, wir beide hier sind gar nicht in der Lage, all diese Fragen genau im Detail zu beantworten, sondern würden jetzt eher versuchen, Ihnen einen kleinen Abriss von dem zu geben, was wir uns merken konnten in dieser Fülle.

Vorsitzende Derya Çağlar: Müssen Sie auch nicht. Nur das, was Sie können! Frau Staatssekretärin ist ja auch da.

Gökçen Demirağlı (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Genau! – Von daher bin ich sehr dankbar für diesen Dialog, der angesprochen wurde, und würde Sie auch gerne alle einladen, uns in den Stadtteilzentren zu besuchen, weil genau dort auch gesehen werden kann, wie vor Ort in den Häusern gearbeitet wird.

Vielleicht ein Stück weit zu dem, was bei mir hängengeblieben ist, wo auf die mobile Stadtteilarbeit und die inklusiven Stadtteilzentren eingegangen wurde: Ja, Frau Breitenbach, Sie haben recht. Die Kolleginnen sind nur ein Zweierteam, und da kann man nicht alles aufgreifen, was möglich ist, aber wir haben es tatsächlich dort in den mobilen Teams geschafft, auch weil wir es ein Stück weit aufgefächert haben und nicht klassisch Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen dort eingestellt haben, sondern Menschen mit einer Vielfalt von Ausbildungsbiografien, und auch Kollegen und Kolleginnen dort haben, die unterschiedlichste Sprachkenntnisse mitbringen, um in die Stadtteile hineinzuwirken. Es ist ein großer Bonus dieses Programms, dass wir genau deshalb die Nichtnutzerinnen dort erreichen können. Die Stadtteilzentren, die dieses Programm aufgesetzt haben und die Teilprojekte durchführen, wussten nämlich genau, wen sie im Stadtteil nicht erreichen, und konnten das Personal in den Teams genau so aufsetzen, dass diese Menschen erreicht werden können. Wir sind mit 120 Personen unterwegs, das ist eine Masse, die unheimlich viele Informationen zurückbringt. Zum Ende des Programms im September wird es auch einen Fachtag dazu geben, wo wir all das noch mal darstellen und auch die Wirkung in die Sozialräume deutlich machen werden.

Die bezirklichen Unterschiede sind natürlich auch für uns eine große Herausforderung. Es wäre toll für uns, wenn es einheitliche und sichtbare Strukturen gäbe, die sowohl auf der Landesebene als auch in den Bezirken für die Menschen gleichermaßen erkennbar sind. Die Modelle der dezentralen Orte sind für uns schon immer Thema gewesen. Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser sind auch heute schon dezentrale Orte und sind nicht nur an einem Ort. Sie haben auch kleine soziale Treffpunkte. Das ist je nach Raum, in dem sie aktiv sind, immer schon Thema gewesen.

Peter Zweigler (LeNa): Ich kann gern weitermachen. Ich muss es auch erst mal ein bisschen ordnen. Es kam die Frage nach der Zusammenarbeit mit Organisationen wie zum Beispiel VIA oder der LAGFA und so weiter. Ja, ich arbeite im Rahmen meiner Arbeit auch mit VIA zusammen, also einem Verein, der speziell migrantische Vereine bei der Gründung und der Beantragung von Fördermitteln unterstützt. Ich stelle aber auch immer wieder fest, dass das Angebot gar nicht alle kennen. Es gibt ganz viele Gruppen, die zu mir kommen und sagen: Wir möchten einen Verein gründen. – Die haben aber keine Ahnung davon, wie das überhaupt aussieht. Das ist sehr schwierig, weil ganz oft auch das Verständnis davon, was man mit einem Verein überhaupt erreichen kann und wofür Vereine gut sind und wofür Vereine vielleicht auch nicht gut sind, also wo man eine andere Struktur wählen muss, am Anfang meistens noch gar nicht da ist. Also da ist ein ganz großer Bedarf an Informationen, gerade am Anfang. Meiner persönlichen Erfahrung nach ist das ganz toll, was zum Beispiel eine Organisation wie VIA macht – es wäre vielleicht auch eine gute Idee gewesen, jemand von ihnen hierher einzuladen –, aber das reicht auch nicht aus. Die haben sehr viele migrantische Vereine, die sie ganz eng betreuen. Ich weiß gar nicht, wie viele, aber es sind auf jeden Fall eine Menge, und ihre Kapazitäten reichen, glaube ich, gar nicht aus, um das abzudecken, was eigentlich gemacht werden müsste.

Dann sind aber auch die LAGFA oder diese Stiftung für Engagement alles Sachen, die ganz wenig bekannt sind und wo erst mal mehr Wissen vermittelt werden müsste. Ganz oft ist es so, dass die Vereine auf einer bezirklichen Ebene angebunden sind. Das unterscheidet sich von Bezirk zu Bezirk, wobei ich mich jetzt nicht imstande sehe, genau zu eruieren, wie die Unterschiede in den einzelnen Bezirken sind und was jetzt besser oder schlechter ist, aber ich kann zum Beispiel für Marzahn-Hellersdorf sagen, dass es da eine ganz enge Anbindung von Bezirksamt und den migrantischen Vereinen gibt. Es wäre vielleicht auch sinnvoll, auf solche Angebote noch mal verstärkt hinzuweisen.

Zur Raumsituation kann ich auch kurz was sagen. In meiner Arbeitsstelle ist es so, dass wir zwar Räume zur Verfügung haben und die auch gerne an migrantische Organisationen vergeben, aber das nicht ausreicht, um da allen gerecht zu werden. Also wir haben viel mehr Anfragen, als wir tatsächlich Räume zur Verfügung haben. Öffentliche Räume wie zum Beispiel Schulen oder Turnhallen oder was auch immer noch zusätzlich zu nutzen, könnte ich mir sehr gut vorstellen, das würde ich sehr begrüßen. Ob wir jetzt der richtige Ort dafür wären, so was auch zu koordinieren, weiß ich nicht. Man müsste vielleicht noch mal genau schauen, wie man das dann im Einzelnen organisieren könnte, aber ich merke, dass bei uns sehr viele Anfragen, speziell in Bezug auf Räume ankommen. Gerade auch in der Coronazeit ist das noch mal ganz stark angestiegen. Da besteht ein großer Bedarf.

Wie sieht es überhaupt aus: Welche Menschen kommen zu uns? – Rein von der migrantischen Seite – – Es kommen natürlich auch viele Deutsche, also das – das ist jetzt nicht despektierlich gemeint – alte Ehrenamt. Da gibt es natürlich auch viele, aber ich glaube, der Schwerpunkt liegt heute eher auf den Migrantinnen und Migranten. Altersmäßig ist es sehr bunt gemischt. Was den Bildungsgrad angeht, ist es tendenziell eher ein höherer Bildungsgrad, und es sind natürlich meistens auch Leute, die schon irgendwelche Kenntnisse mitbringen, die sie gern vermitteln wollen, und die auch das Selbstvertrauen haben, das zu tun, wobei es aber auch wirklich sehr bunt gemischt ist. Ich glaube, das ist der Punkt, den ich vorhin auch mit der Ehrenamtskarriere meinte. Man muss sich vorstellen: Bei vielen Geflüchteten ist es so, dass sie in prekären Verhältnissen leben und natürlich auch das Ziel haben, eine berufliche

Anstellung zu finden, das aber aufgrund von verschiedenen Faktoren noch nicht geschafft haben, zum Beispiel weil sie noch nicht genug Deutsch gelernt haben, um eine Ausbildung zu beginnen, nichtsdestotrotz aber ganz viel Wissen mitbringen und das dann im Rahmen eines ehrenamtlichen Engagements sehr gut können. Ich kenne viele Beispiele dafür, dass sich Menschen zuerst ehrenamtlich engagiert haben und dann an dem Ort gesehen wurde: Die Person kann das sehr gut, kriegt das sehr gut hin, und dann können wir sie vielleicht auch in einem richtigen Beschäftigungsverhältnis anstellen. – Das passiert tatsächlich oft. Klar, viele sind sich dessen vielleicht gar nicht bewusst, aber auf der anderen Seite sehe ich auch, dass viele Menschen die Hoffnung haben, dass das eventuell passieren könnte. Da wäre es wichtig – das richtet sich weniger an die Politik, sondern eher an diejenigen, die da praktisch arbeiten –, genau klarzumachen und auch klarmachen zu können, welche Perspektive sich daraus ergeben kann, denn es ist kein Automatismus. Es ist nicht so, dass man, wenn man ein Jahr ehrenamtlich gearbeitet hat, dann auf einmal da richtig arbeiten kann, sondern es ist eher so: Ich knüpfe Kontakte und lerne ein bisschen was darüber, wie die Arbeit organisiert ist, gerade im sozialen Bereich. Viele sehen das vielleicht auch als Möglichkeit, im sozialen Bereich zu arbeiten, wissen aber gar nicht so genau, was das eigentlich bedeutet, weil der soziale Bereich in den Herkunftsländern häufig ganz anders und viel weniger staatlich organisiert wird.

Zusammenarbeit mit BENN: Da muss ich sagen, bei mir in Moabit gibt es zumindest in der unmittelbaren Umgebung gar keinen BENN-Standort mehr. Ich glaube, es gab mal einen in Wedding, aber der ist, glaube ich, seit letztem Jahr schon nicht mehr da. Die meisten BENN-Standorte sind ja mittlerweile vor allem in der Nähe der Unterkünfte für Geflüchtete. Grundsätzlich gab es aber eine Zusammenarbeit mit BENN, die auch gut funktioniert hat. – Das wäre jetzt erst mal alles, was mir so einfällt.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich habe eine Nachfrage. Ein Problem ist – das hat auch Herr Förster schon angesprochen –, dass ganz viele Menschen nicht die Informationen haben, die sie haben müssten. Klar, irgendjemand, der einen Verein gründen möchte, weiß in der Regel nicht: Wo soll ich mich jetzt eigentlich hinwenden? – Das ist unabhängig von der Herkunft, aber möglicherweise ist es bei Menschen, die noch nicht allzu lange hier leben, wie zum Beispiel Geflüchteten, noch mal schwieriger. Wir kommen immer wieder an den Punkt, dass wir feststellen: Es fehlen Informationen. Wenn man sich damit beschäftigt, stellt man fest: Es gibt unendlich viele Informationen, aber offensichtlich sind all diese Informationen immer dort, wo sie nicht alle Menschen finden. Deshalb ist meine Frage, ob Sie noch eine Idee haben, wie wir das im Land Berlin verbessern können.

Eine Frage an die Staatssekretärin: Gibt es Erfahrungen, wie sich das in den letzten Jahren entwickelt hat, vor allem mit den vielen Angeboten, die es gibt? – Wir haben ja viele Angebote. Werden die stärker genutzt, und gibt es in der Senatskanzlei eine Stelle, die das überprüft und sich vielleicht auch noch mal überlegt: Wie können wir das weiterentwickeln, damit wir noch mehr Menschen erreichen?

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! Dann hat Frau Trăsnea das Wort. – [Zuruf] – Wollen Sie direkt darauf antworten, oder nehmen Sie das auf, Herr Zweigler, Frau Demirağlı?

Peter Zweigler (LeNa): Ich kann auch erst mal abwarten.

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzl): Dann antworte ich sehr gerne. Vielen Dank auch von mir, Frau Demirağlı und Herrn Zweigler! Vielen Dank, stellvertretend für den gesamten Senat, für Ihre Arbeit! Ich glaube, in der Engagementstrategie haben wir die Stadtteilzentren wirklich fest verankert in der Engagementlandschaft in dieser Stadt. Auch bundesweit kann sich das sehen lassen. Die vielen Projekte, von Quartiersmanagement über Stadtteilzentren bis zu Migrationshäusern und „Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften“, all diese Projekte, die Sie heute als Netzwerk dargestellt haben, sind etwas, wo wir uns noch stärker anschauen müssen, wie wir diese unterschiedlichen Programme miteinander verzahnen. Es werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Manchmal hängt es auch mit den Fördergegebenheiten zusammen, dass man über eine Kofinanzierung des Bundes trotzdem noch ein neues Programm machen kann. Just in diesem Moment findet parallel zu dieser Sitzung auch der Gipfel gegen Jugendgewalt statt, und dort sind auch solche Programme bei den Senatsverwaltungen angesiedelt wie die Gemeinschaftsinitiative zu diesem Thema.

Es ist ganz klar, dass wir immer, wenn wir Teilhabe für alle in der Stadt ermöglichen wollen, auch einen sozialraumorientierten, zielgruppenspezifischen Ansatz benötigen. Nichts anderes tun Sie mit Ihren Angeboten. Das ist nicht nur das erweiterte Wohnzimmer, sondern Sie bringen Akteure in der Umgebung in Kontakt und Dialog miteinander und bieten eine Plattform, wo auch solche Dinge wie demokratische Prozesse erlernt werden, Vernetzung stattfindet et cetera. Das haben Sie ja alles angesprochen.

Ich kann insofern nur sagen, dass das ganz klar durch den Senat unterstützt wird. Mit der Engagementstrategie gibt es so gut wie in jedem Ressort auch diese Untersetzungen, auch im Bereich Diversität. Herr Zweigler, Sie hatten angesprochen, es gibt manche, die sagen, sie brauchen noch einen Zugang, der leichter ist, quasi erst mal ein Ankommen in der Gesellschaft. Das ist richtig. Wir haben auf der anderen Seite viele Communitys, die sich in der Stadt seit Jahren engagieren und wichtige Akteurinnen sind. Um ein Beispiel zu nennen aus aktuellem Anlass: Der Polnische Sozialrat – er hatte in diesem Dezember sein 40-jähriges Jubiläum – ist ein wichtiger sozialer Akteur, der sich aus dem Ehrenamt speist. Auch in der Krise, die wir im Zuge des Russlandkriegs gegen die Ukraine erlebt haben, haben wir ganz schnell gesagt: Wir müssen Internationales mit Demokratieförderung und dem Engagement verbinden, weil wir hier auch Potenzial haben, die Vielfalt in dieser Stadt zu berücksichtigen und in direkte Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. So ist es entstanden, dass wir ganz aktiv die Allianz Ukrainischer Organisationen einbeziehen, die sich jetzt binnen eines halben Jahres gebildet hat und zu einem Dauerakteur geworden ist, der hier auch gut die Ehrenamtlichen in der ukrainischen Diaspora in diesem Fall organisiert.

Diversität bedeutet zum einen: Welche Menschen erreichen wir noch nicht, und wie können wir unsere Angebote analysieren, um diese noch zielgruppenspezifischer anzupassen und auch diesen Wirkungsgrad zu erreichen? – um auch darauf einzugehen, was die Abgeordnete Frau Breitenbach gesagt hat. Auf der anderen Seite geht es aber auch darum, sichtbar zu machen, wo Engagement bereits da ist, und anzuerkennen: Es gibt Player, die als Migrantenorganisationen konkrete Beiträge dazu leisten und Berlin schon gestalten. Das in die bereits vorhandenen Entscheidungsprozesse einzubinden, ist wichtig. So ist das auch mit Migrantenorganisationen bei der Entwicklung des „Netzwerks der Wärme“ gewesen. Auch im Rahmen des Partizipationsgesetzes werden Repräsentanz und Teilhabe an demokratischen Prozessen festgeschrieben über die Errichtung von Migrationsbeiräten und so weiter und so fort. Das sind wichtige Meilensteine, wo wir zum einen für Vorbilder sorgen und zum anderen die

Vermittlung der Rechte und Teilhabemöglichkeiten in unserer Stadt voranbringen, was ja auch wichtig ist, weil dann letztlich auch die Selbstwirksamkeit entsteht.

Zu dem Themenkomplex, den Sie angesprochen haben: Kann Ehrenamt kompensieren, dass ich keinen Zugang zum Arbeitsmarkt habe, wenn ich Geflüchteter bin und hier neu anfangen? – Ich sage: Nein, das kann es nicht, es kann nur ein Sprungbrett sein, wo ich zum einen meine Umgebung kennenlerne. Ich bin selber als Migrantin vor 16 Jahren nach Deutschland gekommen, und da war das Ehrenamt für mich auch der Zugang zu dieser neuen Mehrheitsgesellschaft, aber es ersetzt nicht, dass man auch die regulären Wege gehen muss. So sehe ich das auch, wenn es darum geht, Aufwandsentschädigungen und Gelder dafür zu geben, damit das Ehrenamt gewährleistet wird. Der Grundsatz ist: Ehrenamt ist freiwillig, niemand wird dazu gezwungen. Es ist dennoch eine wichtige Säule für uns als Staat. Es gibt natürlich Bereiche und Grenzen des Staates, wo wir mit dem Ehrenamt auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Gleichzeitig darf das Ehrenamt keine zusätzlichen Kosten für die Ehrenamtlichen verursachen. Da müssen wir anpacken. Das tun wir mit unterschiedlichen Maßnahmen, sei es die Ehrenamtskarte, seien es die Aufwandsentschädigungen für ÖPNV-Tickets, der ÖPNV-Ticketpool mit 17 000 Tickets, den wir haben, die über den Paritätär in den Stadtteilzentren verteilt werden, und so weiter und so fort.

So komme ich zu einem weiteren Aspekt der Ressourcen, der Raumfrage, die Sie angesprochen haben. Herr Freymark, Sie hatten das auch gesagt. Ja, es ist richtig. Wir haben das im letzten Jahr auch hier gehabt. Es gibt über die digitale Raumbörse inzwischen 22 Angebote. Letztes Mal waren es, glaube ich, 12. Sie sehen, es ist ein mühsamer Prozess, Akteurinnen dafür zu gewinnen, aber wir bleiben dran, um das wirklich in einer Quantität zu erreichen, wo wir einmal Transparenz schaffen. Ich bekomme aus den ehrenamtlichen Kreisen, wo wir aktiv und vor Ort sind, positive Rückmeldungen dazu, und ich glaube, die langfristige Perspektive wäre schon eine digitale Raumbörse, aber bis dahin ist noch ein weiter Weg. Wir sind eine Stadt, die wächst und wo Räume knapp sind, das ist klar. Gleichzeitig stellt sich die Frage: Wie können Räume mehrfach genutzt und zur Verfügung gestellt werden? – Dazu finden aktuell auch weitere Gespräche senatsintern statt, welche sonstigen Hebel es gibt in diesem komplexen Zusammenhang Landeshaushaltsordnung, damit man nach der Kosten-Leistungs-Rechnung bei den Bezirken nicht für ein Minus sorgt, wenn sie Schulen oder öffentliche Gebäude kostenfrei für zivilgesellschaftliches Engagement zur Verfügung stellen. Insofern: Ja, das sind die Punkte, an denen wir arbeiten.

Ich kann sehr gerne den Punkt unterstützen, wenn es darum geht, fit zu machen dafür: Wie gestalte ich einen Verein? Vielleicht ist es auch eine Stiftung. Wir haben die unterschiedlichen Formate des Senats; über das Engagementportal „bürgeraktiv“ sind alle Informationen dazu zu finden. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt macht auch sehr viele Angebote in dem Bereich digitale Schulungen für Fragen rund um Vereine und Mittelakquise. Auch darüber ist es möglich, sowohl Mittel selber zu akquirieren als sich auch darüber zu informieren, wie ich eigentlich in Sponsoringakquise reingehe. Unsere Säule sind natürlich die Freiwilligenagenturen, aber auch die Stadtteilzentren, all diese Einrichtungen, die wir auch in den Kiezen konkret unterstützen. Ich glaube, da müssen wir weiter schauen, wie wir uns gut vernetzen. Im Zuge dessen läuft auch eine Begleitung des Senats auf der Landesebene, wo wir mit allen zusammenarbeiten, insbesondere den Freiwilligenagenturen an dieser Stelle. Aber das trifft Sie als Netzwerkpartner ja mit.

Zum Thema Vielfalt: Darüber hinaus hatten wir auch Maßnahmen wie „Digital Vereint“, wo wir eine proaktive Ansprache von unterschiedlichen Initiativen, die sich ehrenamtlich engagieren, hatten. Wir haben „Gemeinsam Berlin“ als Instrument, wo sich die unterschiedlichen Zielgruppen, seien es Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen oder auch sozialen Lagen, zu einem Thema auseinandersetzen. Mit der Verwaltung werden regelmäßig Foren organisiert, wo wir aktuell mit dem CDO zur Verwaltungsreform eine solche Arbeitsgruppe haben.

Wir haben auch den Demokratietag, den wir nach der Engagementstrategie verstetigt haben, um diese Vielfalt stärker abzubilden, und nicht zuletzt haben wir auch im Bereich Engagement in diesem Jahr erneut die Weltspiele der Special Olympics, und da ist auch das Thema Inklusion und Ehrenamt ganz eng verwoben. Wir hatten im Roten Rathaus auch einen Runden Tisch zu dem Thema und arbeiten das weiter ein. Was können konkrete Hebel beim Thema Inklusion sein? –, sei es – exemplarisch – ein Pool an Ehrenamtlichen, die Menschen mit Behinderung in ihrem Ehrenamt begleiten oder solche unterstützenden Maßnahmen.

Davon unabhängig ist, dass Diversitätsentwicklung natürlich eine Daueraufgabe ist. Natürlich hat auch die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung eigene Maßnahmen dazu, wir über die Landesfreiwilligenagentur oder auch über Stadtteilzentren bei SenIAS, Quartiersmanagementbüros bei SenStadt und so weiter und so fort. In diesem Sinne bleibt es eine wichtige Aufgabe im Rahmen des Monitorings der Engagementstrategie, diese Ziele zu verfolgen und in ihrer Verwirklichung zu unterstützen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Förster.

Stefan Förster (FDP): Es geht in eine ähnliche Richtung, die Frau Breitenbach schon angeschnitten hat. Wenn wir bei der Gründung der Vereine nicht wirklich weiterkommen, weil sie von vielen als zu kompliziert, zu komplex und zu bürokratisch wahrgenommen wird, haben wir das Problem, dass wir zumindest dann, wenn Fördermittel in Anspruch genommen werden sollen, Vereine als Rechtskonstrukt brauchen, damit mit denen entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen werden können. Wenn es nur um reine Nachbarschaftsinitiativen geht, die – in Anführungsstrichen – nichts erwarten im Sinne von Geld, also keine monetären Aspekte haben, geht das einfach und unkompliziert. Das ist j meistens nur eine Frage der Förderstruktur, wenn man entsprechend Gelder für Personal und Sachmittel abrechnen muss und Ähnliches. Deswegen wäre schon die Frage – ich bin der Letzte, der der Auffassung ist, alles müsste immer der Staat regeln –, ob man nicht vielleicht doch auch die Bezirksämter, die sehr unterschiedlich unterstützend tätig sind bei der Bereitstellung von Räumen und letzten Endes auch bei Angeboten, die sie selber machen, stärker in die Pflicht nehmen müsste, auch solche Angebote oder Strukturen für die Angebote zumindest vorzuhalten, damit man dann auf den Rechtsrahmen eines Vereins mitunter verzichten kann, weil eben die Förderung über den Bezirk läuft oder Ähnliches. Ich stelle es mir sonst sehr schwierig vor, Zielgruppen zu erreichen, wenn die sich in diese bürokratischen Gegebenheiten nicht hineinfinden können oder wollen – aus welchen Gründen auch immer, ich will das gar nicht bewerten.

Ich glaube, da müssen wir am Ende noch zu einer anderen Struktur kommen. Ich weiß nicht, wie Sie das einschätzen. Die Vereine sind unverzichtbar und machen auch eine wertvolle Arbeit, aber die Vereine oder Initiativen, die nicht entstehen, weil ihnen das zu kompliziert erscheint – an der Stelle kommen wir dann nicht weiter. Das war ein bisschen das, was Frau Breitenbach auch schon angeschnitten hat.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Dazu möchte die Senatskanzlei noch etwas sagen, und, Herr Zweigler, Frau Demirağlı, danach haben Sie, wenn Sie möchten, noch Zeit für ein Schlusswort.

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzI): Herr Förster! Natürlich wäre das unterstützenswert, in Teilen gibt es das ja schon über sogenannte Kiezkassen. Wenn man auch institutionell unabhängiges Engagement vor Ort unterstützen möchte, geht es meistens darum, dass solche Mittel leichter zur Verfügung gestellt werden können, aber wir können jetzt nicht in die Pflicht gehen, für jegliche Initiativen über die Verwaltungen diese Förderung abzuwickeln. Das ist, glaube ich, nicht das richtige Instrument, sondern wir müssen dann darüber sprechen: Wie können wir Beteiligungshaushalte oder Bürgerinnen- und Bürgerräte oder Kiezkassen so anpassen, dass auch Zugang zu solchen Fördermitteln ermöglicht wird? – Ansonsten verweise ich auf das bereits Gesagte.

Vorsitzende Derya Çağlar: Sie haben das Schlusswort, Frau Demirağlı oder Herr Zweigler. Zwei Fragen von Frau Breitenbach oder Anmerkungen von Herrn Förster sind noch offen. – Herr Zweigler möchte anfangen.

Peter Zweigler (LeNa): Zunächst zu der Frage von Frau Breitenbach nach Informationsverteilung: Ich glaube, es gibt auf jeden Fall schon eine ganze Palette von Angeboten, wie migrantische Vereine unterstützt werden. Der entscheidende Punkt ist meines Erachtens: Wie kommen die Vereine überhaupt erst mal an die Information, dass es diese Möglichkeiten gibt? – Da könnte ich mir vorstellen, zum Beispiel im Rahmen dieses Freiwilligentages Einladungen zu machen oder ganz speziell noch mal auf dieses Thema migrantische Vereine einzugehen und dann auch über die Stadtteilzentren, über uns Einladungen zu machen an diese Vereine. Ein ganz wichtiger Punkt ist auch, diese Informationen in anderen Sprachen als in Deutsch zur Verfügung zu stellen, weil das für ganz viele eine Hürde ist, die gar nicht so einfach zu bewältigen ist. Ich habe diesen Freiwilligentag immer als eine gute Möglichkeit erlebt, in Kontakt, auch in persönlichen Kontakt zu kommen. – Das war erst mal alles, was ich sagen wollte.

Gökçen Demirağlı (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Zum Schluss würde ich der Staatssekretärin zustimmen, dass diese Vielfalt möglich gemacht werden muss und nicht in ein Korsett von Strukturen und Rahmen gefasst werden darf, denn bürgerschaftliches Engagement – das dürfen wir nicht vergessen – darf nicht so weit domestiziert werden, dass es nicht mehr frei ist, denn Bürgerinnen und Bürger sind frei und werden genau dort aktiv, wo sie sehen, was in ihrer Nachbarschaft notwendig ist. Wenn es dann ein Verein ist, dann kann es ein Verein sein, wenn es eine Initiative ist, sollte es auch die Initiative sein. Genau diesem Freiraum müssen wir den Rahmen geben und die Bedingungen dafür schaffen, dass all das auch parallel möglich ist. – Vielen Dank, dass wir heute hier sein durften!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann wären wir am Ende unserer Anhörung. Ich danke Ihnen recht herzlich, dass Sie da waren, Herr Zweigler! – Frau Demirağlı! Sie bleiben noch einen Moment hier für den nächsten Tagesordnungspunkt. Wir vertagen die Beratung des Besprechungspunkts, bis uns das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. In diesem Sinne: Schönen Tag noch, Herr Zweigler, und noch mal vielen Dank! – [Beifall] –

Dann kommen wir jetzt zu

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Engagement in der Obdachlosenzählung
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0010](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich nochmals Frau Demirağlı – schön, dass Sie hier sind! – und Herrn Vojtonovszki, Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“ beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V. Schön, dass Sie auch da sind! Ich stelle fest, dass auch Sie, Herr Vojtonovszki, mit den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Ich sehe Nicken. Ich gehe auch davon aus, dass nochmals ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Da sehe ich auch Nicken. Ich frage die antragstellenden Fraktionen, wer den Besprechungspunkt begründet. – Frau Breitenbach, Sie haben das Wort!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Wir hatten ja schon mal eine längere Anhörung vor der geplanten Zählung. Deshalb haben wir gewartet, um zu erfahren, wie es sich jetzt weiterentwickelt hat. Das war ja etwas schwierig für Sie und für uns alle, aber ich glaube, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch zivilgesellschaftliches Engagement an seine Grenzen kommt. Von daher muss irgendwann mal umgesteuert werden, und ich sage Ihnen auch noch mal vielen Dank dafür, dass Sie umgesteuert haben. Wir alle wissen, die geplante Obdachlosenzählung hat nicht stattgefunden. Ich kann aus tiefstem Herzen sagen, leider, aber es ist einfach so, wie es ist. Wir wollten mit Ihnen jetzt noch mal kurz darüber reden, was Sie glauben, also ob es reicht, dass wir sagen, wir haben nicht genug Ehrenamtliche gefunden für diese Zählung, weil einfach zu viel anderes war, vor allem die Unterstützung der geflüchteten Menschen aus der Ukraine. Der nächste Punkt ist: Sie haben ja umgesteuert. Sie haben ja die Gespräche geführt. Vielleicht können Sie noch mal kurz sagen, wie Ihre Erfahrungen dabei waren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Wer möchte anfangen? – Frau Demirağlı, bitte schön, Sie haben das Wort!

Gökçen Demirağlı (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.; Geschäftsführerin): Ich fange an, und dann würde ich an meinen Kollegen Bálint Vojtonovszki übergeben, der aus der Praxis berichtet. Wie Sie gesagt haben, organisiert der VskA seit dem September 2021 dieses dreijährige Projekt „Zeit der Solidarität“, um dem Thema Obdachlosigkeit in Berlin auf unterschiedlichen Ebenen Raum zu geben und es in die Nachbarschaften zu tragen, um so auf die Lebensumstände von Menschen ohne Obdach aufmerksam zu machen und Begegnungen zu

schaffen und so durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens getragene Wohnungslosienpolitik zu ermöglichen. Mit dem Versuch, wissenschaftliche, politische, partizipative und solidarische Blickwinkel und Aktivitäten rund um die Obdachlosigkeit zu verbinden, sind wir in dieses Projekt gestartet. „Zeit der Solidarität“ entsteht nämlich für uns in der Synergie der Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern, wo solidarische Aktionen, Veranstaltungen und Befragungen zum Thema Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit durchgeführt und organisiert werden. Nun haben der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Stadtgesellschaft die Ressourcen der ehrenamtlichen Engagierten und der Verwaltung seit Beginn des Krieges erheblich beansprucht. Das Projekt „Zeit der Solidarität“ fokussiert sich deswegen seitdem mehr auf die Verstärkung und den Ausbau des Formates „Zeit für Gespräche“, eine qualitative Befragung von obdachlosen Menschen. Dabei handelt es sich um dezentrale, niedrigschwellige und partizipative Treffen mit obdachlosen Menschen, um ihnen den Raum und die Zeit zu geben, ihre Bedarfe, Erfahrungen und Forderungen zu äußern. Dieses Format – das ist ganz wichtig – ermöglicht es uns nicht nur, sichtbar zu machen, wie viele Menschen in Berlin auf der Straße leben, sondern auch, wer sie sind. Sie sind Nachbarinnen ohne Obdach. Wir möchten mit diesem Format Interessierte, Engagierte und Betroffene einladen, in diesen herausfordernden Zeiten im Austausch zu bleiben und obdachlosen Menschen Raum für ihre Wünsche und Bedarfe zu geben, vor allem aber, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und zuzuhören. Diese Zeiten für ein Gespräch haben aus unserer Sicht das Potenzial, Veränderungen voranzutreiben. Ich möchte gern, dass mein Kollege kurz darauf eingeht, welche Erkenntnisse wir bereits aus dieser „Zeit für Gespräche“ gewonnen haben.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Herr Vojtonovszki das Wort.

Bálint Vojtonovszki (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.; Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“): Vielen Dank für die Einladung! – Wie die Geschäftsführerin Frau Demirağlı gesagt hat, ist „Zeit für Gespräche“ ein Projektteil, das im Juni 2022 gestartet wurde. Wir haben mit dem Aktionsbündnis „Solidarisches Kreuzberg“ und der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e. V. zusammengearbeitet, die sich ursprünglich sehr kritisch gegenüber der ersten Straßenzählung geäußert haben. Trotzdem ist eine Zusammenarbeit gelungen.

Es handelt sich um Begegnungsangebote, also dabei begegnen sich obdachlose und nicht obdachlose Berlinerinnen, um eine aktivierende Befragung mit mehreren Leitfragen niedrigschwellig durchzuführen. Für dieses Konzept konnten wir mehr als 100 freiwillige und professionelle Nachbarschaftsarbeiterinnen schulen, und diese Schulungen waren auch eine Voraussetzung für die jeweiligen Einsätze.

Die Gesprächspunkte bei diesen niedrigschwelligen Veranstaltungen beinhalteten neben demografischen Daten unter anderem Fragen zu tagtäglichen Problemen, Erfahrungen mit der eigenen Situation sowie Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen, aber auch Erwartungen an die Hilfesysteme und die Wohnungslosienpolitik. Im Juni und September haben wir bei Essensausgaben in den Tagesstätten Menschen befragt, im Oktober waren wir in Fraueneinrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe, um der Situation von Frauen Raum zu geben. Im November haben wir mit unseren Partnerorganisationen eine große Aktionswoche in ganz Berlin veranstaltet, und insgesamt konnten wir im letzten Jahr bei mehr als 30 Aktionen und Treffen in acht verschiedenen Bezirken mithilfe von mehr als 50 geschulten Freiwilligen, unter anderem Studierenden der Alice-Salomon-Hochschule, der Evangelischen Hochschule Berlin, der

Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Übersetzerinnen für sechs verschiedenen Sprachen, mehr als 200 solcher Gespräche mit Menschen mit Obdachlosigkeitserfahrung, überwiegend aktuell obdachlose Menschen, protokolliert durchführen.

Was diesen Projekttag besonders macht meiner Meinung nach, ist der hohe Anteil von Betroffenen, die weder Deutsch noch Englisch sprechen, die wir mithilfe von Übersetzerinnen erreichen konnten, weil sie wegen der Sprachbarrieren bei den meisten Studienbefragungen trotz ihrer Erfahrungen und Lebenssituation auf der Straße keine Stimme haben. Um die Möglichkeit der Teilhabe für die Betroffenen, aber auch für unsere mehr als 1 000 gesammelten Freiwilligen anbieten zu können, haben wir im Juli und im Dezember zwei Begegnungsveranstaltungen organisiert, damit wir Solidarität auch erlebbar machen konnten. Die Ergebnisse dieser mehr als 200 Gespräche werden gerade in einer Broschüre zusammengefasst, und diese Broschüre würden wir gern nach der Fertigstellung an Sie verschicken. Die Ergebnisse werden wir zudem in der nächsten Aktionswoche mit drei Veranstaltungen öffentlich machen. Am 31. Januar wollen wir die Ergebnisse der 207 Interviews in Form einer öffentlichen Aktion veröffentlichen. Am 1. Februar werden wir die Ergebnisse über Gewalt beziehungsweise Diskriminierung auf der Straße veröffentlichen. Mehr als zwei Drittel der Antwortgebenden zu dieser Frage haben gesagt, dass sie Gewalt beziehungsweise Diskriminierung erlebt haben. Wir werden da unter anderem mit der Berliner Registerstelle zusammenarbeiten. Eine zweite Abendveranstaltung am 2. Februar widmet sich dem Thema EU-Ausländerinnen in Obdachlosigkeit. Die erste Straßenzählung von 2020 sowie unsere Ergebnisse und die Praxis zeigen, dass viele obdachlose Personen aus einem EU-Land nach Deutschland eingewandert sind, und sie erleben besondere Schwierigkeiten bei Unterstützungsangeboten. Wir wollen dem nachgehen, wie wir diese Unterstützung verbessern können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich sehe eine Wortmeldung. – Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank für die aktuelle Schilderung der Situation! Es ist ja eher nicht üblich, dass wir bei der Auswertung noch mal eine kleine Anhörung hinterherschoben, das war hier aber notwendig, weil wir ja auch große Hoffnungen hatten. Ich teile das „leider“, das Frau Breitenbach sagte, dass es nicht stattgefunden hat. Es gab da auch andere Ansichten, aber ich denke, es hätte noch mal eine valide Grundlage geben, das, was man bei der ersten Zählung an Erkenntnissen gewonnen hat, mit einer zweiten Zählung abzugleichen. Möglicherweise hätte man einige Dinge korrigieren und anpassen können. Sie haben uns das damals, als Sie das erste Mal hier bei uns waren, sehr gut vorgestellt, und es klang auch alles ganz hoffnungsvoll. Habe ich es richtig verstanden, dass das große notwendige Engagement im Rahmen der Ukraine-Hilfe ein wesentlicher Grund war, der dazu geführt hat, dass nicht ausreichend Freiwillige für die Zählung da waren? – Das würde wieder den Punkt bestätigen, den wir vorher hatten, nämlich dass es ein zu kleiner Kreis von Menschen ist, die ehrenamtlich zu viel gleichzeitig machen, und ein anderer Kreis von Leuten, die man gar nicht erreichen kann. Das ist wieder das Problem. Dass Leute nicht alles machen können, verstehe ich, aber das wäre jedenfalls meine Interpretation. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Auch das Thema Betroffene, die weder Englisch noch Deutsch sprechen, würde wieder dafür sprechen, dass es sich eher noch verschärft hat, dass Berlin mittlerweile aufgrund von restriktiven Regelungen in anderen europäischen Hauptstädten – Warschau ist so ein Beispiel, wir haben auch viele polnischsprachige Obdachlose hier in der Stadt – zunehmend ein Anziehungspunkt für Obdachlose aus anderen europäischen Großstädten wird, insbesondere aus

Süd- und Osteuropa. Ist das ein Befund, den Sie auch teilen können? Das ist ähnlich wie bei der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten oder letzten Endes Schutzsuchenden – wie immer man sie bezeichnen will –, wo Berlin ja auch über Gebühr aktiv ist und mehr tut, als es nach Königsteiner Schlüssel muss, was ja an sich auch richtig ist, aber wir stoßen ja trotzdem an unsere Grenzen. Hier ist es offenbar auch so, dass man die Menschen, die hier sind, schwer bewegen kann oder es wenige Möglichkeiten gibt, sie in anderen Bundesländern möglicherweise sogar besser unterbringen zu können, weil dort vielleicht Wohnungen leerstehen in Kleinstädten oder Ähnlichen. Das ist aber ein Versuch, der wahrscheinlich nicht unternommen wird oder scheitern muss, weil die dann doch hierbleiben wollen, auch wenn die Bedingungen nicht besonders gut sind. Meine Frage in diese Richtung ist, ob man da nicht irgend etwas anbieten könnte. Wir kennen auch diese Geschichten: Wenn Hamburg zum Beispiel Leute nach Warschau zurückschickt, dann steigen in Berlin aus dem Bus aus und bleiben hier. Diese Diskussionen kennen wir ja, die sind auch nicht abschließend gelöst.

Was ich sehr gut finde, ist, dass Sie jetzt mit diesen drei Schwerpunkten unter anderem die Interviews veröffentlichen wollen. Meine Frage ist: Ist die Veröffentlichung jetzt online auf der Internetseite geplant? Wird es eine Broschüre geben? – Ich glaube, die Schilderung von Biografien hilft ja auch, das Problem zu verstehen. Wenn man Ansichten von Menschen kennt, die betroffen sind, und darüber auch ein bisschen was liest, ist das immer auch ein Zugang zur Thematik. Deswegen finde ich es sehr gut, dass Sie das veröffentlichen wollen, online oder auch als Broschüre. Das ist eine gute Anregung, wenn Sie das machen würden.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Frau Wolff das Wort.

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Tatsächlich ist es doch vielleicht ganz gut, dass wir heute noch mal darüber sprechen und wir von Ihnen noch mal diese Informationen bekommen. Zum einen möchte ich trotzdem sagen – und das ist nicht böseartig-kritisch gemeint, sondern ganz im Gegenteil, ich glaube, wir müssen das auch sagen dürfen –: Wir sind hier im Ausschuss für Engagement. Mir geht es insbesondere um die erste Frage, die Sie auch gestellt haben, Herr Förster: Warum war es nicht möglich, dass sich jetzt genug Engagierte gefunden haben? – Ich selber hatte mich natürlich auch für diese Aktion gemeldet und war sehr erstaunt, weil ich mich das zweite Mal gemeldet hat, aber zum ersten Mal in dieser Form einbezogen war, über die vielen E-Mails, die ich dann bekam, wo mir plötzlich sehr viele Veranstaltungen angezeigt wurden, die mich weiterhin für das Thema sensibilisieren sollten. Das fand ich sehr interessant auf der einen Seite, auf der anderen Seite: Haben Sie da auch Rückmeldungen bekommen? Sind da Menschen dann auch eher abgesprungen oder wollten das vielleicht auch gar nicht? Ich möchte das bitte nicht falsch verstanden wissen, dass ich das jetzt nur schlechtreden will, ganz im Gegenteil, aber es ist ja auch immer ganz wichtig, dass wir Menschen dabei behalten, ohne dass wir sie zu sehr mit Informationen vollpacken und sie deshalb abspringen. Das wollen wir natürlich auch nicht. Das haben wir auch bei einer Großveranstaltung in diesem Jahr, dass wir mit viel Fingerspitzengefühl die Menschen nicht überfordern. Das will ich damit sagen. Vielleicht können Sie darauf noch ganz kurz eingehen, denn ich finde es selbstverständlich ganz wichtig, für das Thema zu sensibilisieren. Inhaltlich liegt das Thema ja auch wirklich in einem anderen Ressort, da muss man das intensiver besprechen. Das können wir hier eigentlich gar nicht tun. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Frau Breitenbach das Wort.

Elke Breitenbach (LINKE): Ich muss bei dem Thema immer ein bisschen vorsichtig sein, weil ich da selbst mit drinhänge. Ich erlaube mir jetzt trotzdem mal den Satz: Es gibt unterschiedliche Menschen, die den Ansatz einer Zählung falsch finden, ehemalige Obdachlose oder auch Menschen, die jetzt obdachlos sind, aber es gibt auch die anderen. Deshalb war mir immer wichtig, dass wir versuchen, mit allen zu reden und auch die Kritik aufzugreifen und die Auseinandersetzung darüber zu führen. Wichtig ist: Es gibt auch die anderen. Schade finde ich tatsächlich, dass wir den Vergleich nicht haben. Sie haben eben gesagt, es gibt viele obdachlose Menschen, die aus der EU eingewandert sind. Diese Debatte haben wir seit vielen Jahren. Da kann ich nur sagen: Vorsicht, Vorsicht! – Sie haben eben Hamburg genannt. Viele finden das Beispiel Hamburg super. Setzt die in die Busse und fahrt sie zurück! – Diese Debatte werden wir dann wieder kriegen. Deshalb war es ja immer auch so wichtig, mal zu gucken: Wer ist eigentlich auf der Straße? – Wir erleben natürlich im Winter sehr viele Menschen aus europäischen Ländern, die auf der Straße leben, weil sie oftmals glauben, überhaupt keine Ansprüche zu haben, oder das auch real so ist. Die erste Zählung hat ja ein anderes Bild ergeben. Da waren es, wenn ich mich recht erinnere, mehrheitlich deutsche Menschen, aber, ja, wir stehen vor einer besonderen Herausforderung, weil wir, Berlin, aber auch andere Städte uns die Frage stellen müssen: Wie können wir Unterstützung und Hilfe für diejenigen Menschen aus anderen europäischen Ländern organisieren, die hier auf der Straße leben und überhaupt keinen Anspruch haben oder sich nirgendwo zurechtfinden? Das halte ich nach wie vor für eine große Herausforderung. Deshalb bin ich auch sehr gespannt auf Ihre Interviews.

Mich interessiert aber noch ein anderer Punkt: Sie haben ja tatsächlich die letzten Monate in der Wohnungslosenhilfe noch mal sehr eng mit obdachlosen Menschen gearbeitet. Konnten Sie Erfahrungen sammeln und diese Menschen auch für zivilgesellschaftliches Engagement gewinnen? – Ich weiß, dass es eine ganz prekäre Lebenssituation ist, aber gesellschaftliches Engagement hängt ja auch immer mit Beteiligung zusammen, und es ist ja auch eine große Herausforderung. Wie können wir eigentlich die Menschen, die selbst betroffen sind, auch dafür gewinnen, dass wir gemeinsam in dieser Stadt auch für sie Verbesserungen schaffen?

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich habe keine weitere Wortmeldung, möchte aber noch Herrn Schröder von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales begrüßen. Möchten Sie noch etwas ergänzen aus Senatsicht? – Ich sehe jetzt auch keine Fragen. Dann wären wir am Ende des Besprechungspunkts. Jetzt aber: Frau Demirağlı, schön dass Sie da waren! Dann würde ich Sie verabschieden. Sie dürfen in den wohlverdienten Arbeitstag. – Ach, Entschuldigung, Elke! – Zur Beantwortung der Fragen, Herr Vojtonovszki, bitte!

Bálint Vojtonovszki (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Zum ersten Punkt: Tatsächlich hat der Angriffskrieg gegen die Ukraine aus unserer Sicht dazu beigetragen, dass wir nicht genügend Freiwillige gewinnen konnten. Wir konnten aber 1 400 Menschen zur Anmeldung bringen, was auch ein kleiner Erfolg ist. Darauf basierend wollen wir auch weiterarbeiten, also wir wollen nicht nur die betroffenen Personen ansprechen, sondern auch die solidarische Gesellschaft.

Es gab nicht so viele Leute, die abgesprungen sind. Vielleicht könnte mein Kollege von der Freiwilligenorganisation Marzahn-Hellersdorf diese Frage besser beantworten. Natürlich haben sich die Menschen überwiegend für die Straßenzählung angemeldet, aber die überwiegende Anzahl der Menschen will in unserer Datenbank bleiben.

Zur Frage, ob wir die Menschen nach Hamburg oder anderswohin zurückführen könnten. Wir haben an die obdachlosen Personen die Frage gestellt: Wie und wo möchten Sie leben? –, eine ganz offene Frage, und es gab auch interessante Antworten. Die überwiegende Mehrheit der Menschen sagte, dass sie in Berlin bleiben wollen. Sie haben, besonders wenn sie seit Langem als Obdachlose hier leben, ihre Bekannten und Unterstützungssysteme, und sie wollen darauf nicht verzichten.

Zu Biografien – das hängt damit zusammen, was Frau Breitenbach gefragt hat –: Wir wollen die Möglichkeit des Engagements auch Betroffenen anbieten, und wir wollen, dass auch Menschen mit Wohnungslosigkeitserfahrung sich engagieren. Ich denke, sie sollen ihre Biografien vorstellen können, das wäre der beste Weg meiner Meinung nach. – So viel dazu.

Vorsitzende Derya Çağlar: Sind dann alle Fragen beantwortet? Frau Wolff, auch die mit den E-Mails? – Okay. Alles klar! Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und beende somit die Anhörung dazu. – Vielen Dank, dass Sie beide da waren, Frau Demirağlı, Herr Vojtonovszki! Ich wünsche Ihnen beiden noch einen schönen Tag, und Sie sind immer wieder willkommen bei uns im Ausschuss. Bis dahin alles Gute! – Ich würde dann die Beratung des Besprechungspunktes heute abschließen. – Ich sehe Nicken.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Umsetzung der Engagementstrategie:

Ehrenamtskarte weiterentwickeln und attraktiver gestalten

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0009](#)

EnBuMe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.